



Stadt Halle (Saale)
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

17.03.2023

Sitzung des Stadtrates am 29.03.2023

Antrag der Freien Demokraten (FDP) zur integrationsfreundlichen Umorganisation von Schulen

Vorlagen-Nummer: VII/2023/05336

TOP:9.10

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Begründung:

Zu Punkt 1:

Der Stadtrat beschloss in seiner Sitzung am 26.06.2019 die Aufhebung der Schulbezirke für Sekundarschulen zum Schuljahr 2023/24 (Beschluss Nr. VI/2019/05046). Zur Umsetzung der Aufhebung wurde die Verwaltung beauftragt, dem Stadtrat bis spätestens September 2022 Beschlussvorlagen vorzulegen

- a) zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale)
- b) zur Schulbezirkssatzung
- c) zur Änderung der Aufnahmesatzung.

Die Umsetzung dieses Beschlusses zur Aufhebung der Sekundarschulbezirke verzögerte sich aufgrund des andauernden Genehmigungsverfahrens zur Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für allgemeinbildende Schulen.

Wenngleich die Risiken der Sekundarschulbezirksaufhebung (ggf. längere Anfahrtswege für Schülerinnen und Schüler und damit höhere Ausgaben der Schülerbeförderung für die Verwaltung) nach wie vor bestehen, hält die Verwaltung grundsätzlich an dieser Maßnahme fest, da mit ihr und der anschließenden Festlegung von Aufnahmekapazitäten für Sekundarschulen im Rahmen der Aufnahmesatzung das Ziel der flächendeckenden Auslastung der kommunalen weiterführenden Schulen erreicht werden kann.

Der Zeitpunkt der Umsetzung dieses Maßnahme-Paketes ist dabei eng an die Eröffnung geplanten weiterführenden Schule in Heide-Nord geknüpft.

Zu Punkt 2:

Eine Prüfung, welche Faktoren im Rahmen eines Verfahrens nach § 41 Abs. 2a SchulG LSA zulässig und geeignet sind, um die Verteilung von Schülern mit Förder- oder Integrationsbedarf an weiterführenden Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle gleichmäßig innerhalb der jeweiligen Schulform zu verteilen, ist angesichts der bestehenden Situation an den kommunalen weiterführenden Schulen ein wesentlicher Schritt, um die Handlungsspielräume der Stadt als Schulträgerin zu bestimmen.

Katharina Brederlow
Beigeordnete